

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kahr und Lössow zurückgetreten.

München, 18. Februar. (W.T.B.) Wie die „Münchener Zeitung“ soeben erfährt, hat Dr. v. Kahr das Amt des Generalstaatskommissars niedergelegt. Mit ihm habe der bayerische Wehrkreis-Kommandant, General v. Lössow, seinen Abschied eingereicht. Der Kommandeur der bayerischen Landespolizei Oberst Seiber bleibe auf seinem Posten.

Zu dem Rücktritt schreibt das Blatt u. a.: Herr v. Kahr glaube, die Teilung der Gewalt zwischen dem Generalstaatskommissar und dem Staatsministerium, wie sie im Sinne der vom Landtage dieser Tage getroffenen Vereinbarung liegt, nicht verantworten zu können, da er sie als bedenklich für die Staatssicherheit betrachte. Er halte das Land noch nicht für genug beruhigt, um eine Lockerung der Sicherheitsmaßnahmen ertragen zu können. Herr v. Kahr trete sicher nicht ohne Wehmut zurück. Die Unzufriedenheiten wegen der ihm selbst gefälligen Komödie im Bürgerbräukeller habe er überwunden.

München, 18. Februar. (W.T.B.) Nunmehr wird auch von zuständiger Stelle bestätigt, daß Dr. v. Kahr von seinem Amt als Generalstaatskommissar zurückgetreten ist.

Der Rücktritt des unrechtmäßigen Diktators von Bayern v. Kahr und des Meutereigenerals v. Lössow ist geeignet, für den ersten Augenblick einige Befriedigung hervorzuwirken. Ein Experiment mit der „nationalen Diktatur“ ist in Schande und Schmutz zusammengebrochen, und für alle noch politisch Denkfähigen ist damit noch einmal der Beweis geliefert, daß sich auf diesem Wege die Dinge überhaupt nicht meistern lassen.

Indes bedeutet der Rücktritt jener beiden Männer leider noch lange nicht den Weg der verfassungsmäßigen Rechtsordnung und der politischen Vernunft. Man darf nicht vergessen, daß Herr v. Kahr am 26. September v. J. von der Regierung Anweisung in sein verfassungswidriges Amt eingeweiht wurde, weil sie vor der rechtsprechtlichen Bewegung keinen Rat mehr wußte und hoffte, sie werde auf diese Weise den Teufel mit dem Beelzebub austreiben können.

In Berlin erkannte man die Gefahr und antwortete mit der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes für das ganze Reich. Aber das Instrument der Reichsregierung, das später in verfassungstreuen Ländern wie Sachsen und Thüringen so schnell wirkte, die Reichswehr, zerbrach in die dem staatsrechtlichen Konflikt, und indem sich ihr Führer, Herr v. Lössow, auf die Seite Kahrs stellte, brach er dem Reich die Treue und machte es — sofern es sich nicht zu Mitteln äußerster Energie entschloß — faktisch ohnmächtig. Von da an hatte das Reich in Bayern überhaupt nichts mehr zu sagen, der zweitgrößte deutsche Einzelstaat war damit innerpolitisch auf sich allein gestellt.

Es gelang Herrn v. Kahr, den gefährlichen Putz der Hitler und Ludendorff vom 8. und 9. November zum Scheitern zu bringen. Die Mittel aber, die er dazu angewendete, waren geeignet, ihn selber so zu kompromittieren, daß er von da ab ein politisch toter Mann war. Er war im Kampf gegen die extremste Rechte der physisch Ueberlebende, aber der moralisch Unterlegene. Er hat durch sein zweideutiges Verhalten, das ihm seine Verbündeten von vorgestern, Gegner von gestern und Todfeinde von heute als Verrat auslegen, diesen nur neue Sympathien zugeführt.

Die Sache liegt demnach so, daß die traurigen Sieger vom 9. November, Kahr und Lössow, ausgespielt haben, die Besiegten, Hitler und Ludendorff, aber nicht. Der bevorstehende Prozeß gegen sie hat den Fanatismus ihrer Anhänger noch verstärkt, und die bayerische Regierung, die Schuldige am verhängnisvollen Kahr-Experiment, sieht der Gerichtsverhandlung mit tiefer Sorge entgegen.

In dieser Situation würden das Reich und Bayern entschlossene republikanische Regierungen brauchen, die es verstehen, gegen die drohende innere Zerstörung von rechts die moralischen Energien des Volkes zu sammeln und auf diese Weise sich auch die notwendige physische Kraft zu verschaffen, um die Kräfte des Chaos zu überwinden. Solche Regierungen sind aber weder im Reich noch in Bayern vorhanden, und was besonders Bayern betrifft, so herrscht in dortigen Regierungskreisen gegenüber der stürmischen Entwicklung der Dinge eine vollendete politische Ratlosigkeit.

Die „nationale Diktatur“ des Herrn v. Kahr ist verschwunden unter Zurücklassung eines ungeheuren Trümmerhaufens. Die Macht aber, die hier mit ordnender Hand einzugreifen imstande wäre, ist nirgends sichtbar. Sie ist am allerwenigsten bei denen vorhanden, die meinen, die nationale Diktatur sei nur als Mittel zusammengebrochen, weil sie noch nicht nationaldiktatorisch genug gewesen sei. Denn nirgends ist die innere Herrlichkeit und der Mangel an klar ersichtlichen politisch verwirklichtbaren Zielen größer als eben dort.

Darum besteht die Gefahr, daß sich die politische Hohnmurmelschnecke, in die das innere Leben Bayerns und gar Deutschlands immer mehr auszuarten droht, zu noch unerlebten Gipfelpunkten steigert.

Die Sozialdemokratie wird vielleicht in naher Zeit dazu berufen sein, den Beweis zu erbringen, daß sie allein klar

genug sieht, um dem deutschen Volke den Weg aus der ungeheuren Verwirrung zu weisen und daß sie imstande ist, mit der Größe ihrer Aufgabe zu wachsen.

Das bayerische Volksbegehren.

München, 18. Februar. (W.T.B.) Nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ beträgt das Gesamtergebnis der Abstimmung für das Volksbegehren in München für die Landtagsauflösung 106 802 Stimmen und für die Verfassungsänderung 90 000 Stimmen. Wie das Blatt weiter meldet, kann es nach den bisher eingegangenen Teilergebnissen kaum zweifelhaft sein, daß die erforderliche Stimmzahl von 800 000 für beide Volksbegehren aufgebracht worden ist.

Die Sicherung der Wahlfreiheit.

München, 18. Februar. (W.T.B.) Wie die „Münchener Zeitung“ hört, ist die Wahlfreiheits-Verordnung im Schoße der Regierung fertiggestellt und wird vielleicht am Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche in einer interfraktionellen Sitzung den Parteien des Landtages zur Kenntnis gebracht werden.

Dr. Schacht in Paris.

Paris, 17. Februar. (W.T.B.) Dr. Schacht ist heute vormittag aus London hier eingetroffen und wird morgen nachmittag vor dem Sachverständigenausschuß des General Dames erscheinen. Die englischen und belgischen Mitglieder des Ausschusses, die zur Berichterstattung an ihre Regierungen nach London und Brüssel aufgebrochen waren, sind gleichfalls zurückgekehrt. In Paris sieht man mit besonderer Spannung der Unterhaltung entgegen, die sich zwischen Vertretern der französischen Regierung und dem Sachverständigenausschuß über die Anpassung des totalen Bündelsystems an ein allgemeines Reparationssystem entzünden wird. Dieser Frage wird große Bedeutung beigemessen, und man behauptet, daß ohne ihre Lösung der Schlusserbericht des Sachverständigenausschusses nicht zustande kommen kann.

Paris, 17. Februar. (W.T.B.) „Petit Parisien“ weist offiziös darauf hin, daß bis auf weiteres die Nachrichten über die Ergebnisse der Sachverständigenarbeiten nur mit ausdrücklichen Vorbehalten aufgenommen werden können. Uebrigens dürfen, schreibt das Blatt, zwei Punkte nicht vergessen werden: Erstens haben die beiden Sachverständigenkomitees einen genau umschriebenen Auftrag. Für das Komitee Dames besteht dieser darin, die Mittel für den Ausgleich des deutschen Budgets und die Stabilisierung der Mark zu prüfen. General Dames habe in seiner ersten Rede darauf hingewiesen, daß die Sachverständigen sich nicht über diese oder jene politische Seite

des Reparationsproblems auszusprechen hätten. Zweitens haben die Sachverständigen nur eine beratende Mission durchzuführen und den alliierten Regierungen bestimmte Vorschläge zu unterbreiten.

Englische Kredite für Deutschland?

London, 18. Februar. (W.T.B.) Dem Bernehmen nach ist es dem deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gelungen, bei seinen Bemühungen, für die deutsche Industrie auswärtige Kredite zum Einkauf von Rohstoffen zu erlangen, sich die Unterstützung englischer Banken zu sichern.

Ende der bulgarischen Koalition.

Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung.

Sofia, 18. Februar. Auf dem Kongreß der sozialdemokratischen Partei, der Anfang dieses Monats stattfand, war, wie feinerzigt gemeldet, eine Resolution angenommen worden, wonach der Vollzugsausschuß der Partei von der Regierung ultimativ die Erfüllung gewisser Programmforderungen der Partei verlangen und, wenn diese nicht durchgesetzt würden, der Vertreter der Partei in der Regierung zurücktreten sollte. Diesem Beschluß gemäß hat der Verkehrsminister Kosoßoff sein Rücktrittsgesuch eingereicht, das vom Ministerpräsidenten bewilligt worden ist. Landwirtschaftsminister Woloff ist mit der vorläufigen Leitung des Verkehrsministeriums beauftragt worden.

Stilles Börsengeschäft.

Die Börse zeigte bei Beginn der Woche eine eher schwächere Tendenz bei außerordentlich kleinen Umsätzen. Diese Zurückhaltung erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß die nächsten Tage voraussichtlich im Zeichen bedeutender politischer Entscheidungen stehen werden. Man glaubt in hiesigen Kreisen, daß die Gutachter der Sachverständigenkommissionen und die darauf basierenden Beschlüsse der Reparationskommission Deutschland noch immer weit über seine Leistungsfähigkeit hinaus belasten werden. Darauf deuten auch verschiedene Veröffentlichungen in maßgebenden französischen Blättern hin, die demissemehmen die Forderungen Frankreichs darstellen. Außerdem beurteilt man auch die innerpolitische Lage Deutschlands neuerdings sehr kritisch. Man nimmt an, daß die nächsten Wochen eine starke Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze bringen werden. Während der größte Teil des Aktienmarktes ausgesprochen still ist, erwirkte sich in einzelnen Spezialwerten etwas regeres Geschäft. Täglich Geld war mit 1 Premie reichlich zu haben. Im Devisenverkehr besteht noch wie vor eine recht erhebliche Nachfrage, die wohl ausschließlich auf den tatsächlich großen Bedarf des Einfuhrhandels zurückzuführen ist.

Völkischer Vormarsch.

Landtagswahlen in Mecklenburg.

Schwerin, 18. Februar, 1 Uhr mittags. (B.S.) Gesamtergebnis der Landtagswahlen von 775 Bezirken. Es fehlen noch die Resultate von ungefähr 30 Dörfern.

Sozialdemokraten VSPD	61 580	(1921: 137 971)
Kommunisten	39 390	(1921: 15 328)
Unabhängige	2 268	(2 635)
Deutschnationale Freilichtpartei	54 468	(1921: 73 452)
Deutschnationale	79 936	
Deutsche Volkspartei	22 582	(57 813)
Demokraten	10 654	(14 127)
Wirtschaftspartei	4 481	(9 787)
Landliste	3 207	(19 452)
Republikanische Partei	2 079	(0)

Das Wahlergebnis, das wir an der Spitze wiedergeben, ist noch kein endgültiges, aber es zeigt einen außerordentlich scharfen Rückgang nach rechts, der sich nicht nur in dem starken Stimmenverlust unserer Partei, sondern vor allem in dem Rückgang der Deutschen Volkspartei wieder spiegelt.

Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wenn man nicht das außerordentlich starke Anwachsen der völkischen Bewegung erkennen und seiner Bedeutung nach würdigen wollte. Schon die Wahlen in Bremen und Lübeck, noch deutlicher die in Thüringen und wieder am letzten Sonntag die Mecklenburger Wahlen zum Landtag zeigten ein starkes Anschwellen der unter dem Namen „Völkische Freilichtpartei“ auftretenden Bewegung, die neben dem Haß der Juden den Revanchegeist predigt. Die Partei ist durch den Oberbefehlshaber des Ausnahmezustandes ebenso verboten wie die kommunistische. Aber was sich schon zu Zeiten des Sozialistengesetzes zeigte, das wiederholt sich auch in der Gegenwart: das Verbot und die Unterdrückung der Parteien und ihrer Presse tun allein nicht. Wenn einmal gewisse soziale Vorbedingungen vorhanden sind, dann wächst so eine parteipolitische Gruppe auch trotz aller behördlichen Maßnahmen gegen sie.

Die Deutschnationalen hatten mit einem Teil der völkischen gemeinliche Sache gemacht, während die Graefe-Wulle-Richtung allein vorging. Die Deutschnationalen hatten — da-

mais noch einschließend aller antisemitischen Rachegeister — bei den Landtagswahlen vom 13. Juni 1920 71 341 Stimmen, bei den am 13. März 1921 erfolgten Wahlen 73 452 Stimmen erhalten. Sie waren also ungefähr gleich geblieben. Jetzt haben, nach dem unvollständigen Ergebnis, die beiden Parteien zusammen schon 134 000, also einen Zuwachs von rund 60 000 Stimmen! Eine Erscheinung, die zum Teil wohl auf die systematische Durchlegung Mecklenburgs mit Hochbahnsüßern zurückzuführen, aber durch sie nicht allein zu erklären ist. Denn neben den völkischen haben die Kommunisten gewonnen, die ja mit den völkischen ursprünglich viel Verwandtes haben. Wenn Radek und Revenlow, Ruth Fischer und die völkischen Studenten an einem Strange ziehen, so zeigt das mehr, als alle Wahlpropaganda, die Richtung, die beide verfolgen.

Es sind die Gewaltpolitiker, die die Siege dieser Wahlen heimtragen. Diejenigen Parteien, die bisher an der Regierung waren und für eine außenpolitische Verständigung eintraten, büßen erheblich ein. Diese Tatsache ist die betrüblichste Begleiterscheinung der bisherigen Wahlen. Das gilt nicht nur für die Sozialdemokratie, die bisher in Mecklenburg mit Demokraten und Kleinbauern die Regierung bildete, das gilt auch für die Demokratie, den Dorfbund und die Deutsche Volkspartei, die vorübergehend in einer großen Koalition beteiligt war, nach ihrem Ausscheiden aber immer mehr nach rechts hinüberglied, bis jetzt ein erheblicher Teil ihrer Wähler ganz vom völkisch-deutschnationalen Konkurrenten aufgelesen wurde.

Für die Sozialdemokratie ergibt sich die wenig erfreuliche Erscheinung, daß sie trotz starker Wahlbeteiligung genau die Hälfte ihrer Stimmen einbüßte. Von diesen rund 60 000 sind aber nur 25 000 von den Kommunisten gewonnen worden, während der größere Teil in anderen Parteien aufgegangen ist. Es spricht sogar ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie zum Teil den völkischen zugeströmt sind. Und das ist eine Tatsache, die allen unseren Parteigenossen Grund zu ernsthafter Ueberlegung geben sollte, wo die Ursache dieser Abwanderung zu suchen ist. Mit den bisherigen Mitteln der Parteikritik allein ist dieser starke Rückgang ganz rechts — sowohl im industriellen Thüringen, wie im vorwiegend agrarischen Mecklenburg — nicht zu fassen.

Brandenburger Bezirksparteitag.

Der Brandenburger Bezirksparteitag wurde gestern durch das Referat des Genossen Wels über die politische Lage und die Reichstagswahlen fortgesetzt.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen, so führte er aus, haben eine Bedeutung, die weit über die Grenzen Deutschlands hinausgeht. Das Jahr 1924 ist ein großes Wahljahr. Die Wahlen in England gaben den Auftakt. Die Besitzergreifung der Macht durch die Labour Party kommt einer Revolution gleich. Wenn aber die englische Bourgeoisie nicht in ein wütendes Geschrei gegen den Marxismus ausbricht, so liegt das daran, daß in England Achtung vor der Verfassung besteht. Diese Achtung vor der Verfassung muß dem deutschen Volke erst in den Kopf gehämmert werden. Dazu müssen uns die neuen Wahlen Gelegenheit geben.

Wenn wir uns die Entwicklung der letzten Jahre vor Augen führen, so erkennen wir, daß es bestimmte Fragen sind, die die Diskussionen in der Partei belebt haben. Da ist vor allem

die Frage der Koalitionspolitik.

Gerade diese Frage muß aus dem großen Zusammenhang der Dinge heraus betrachtet werden. Der Bruderkampf der Arbeiterklasse hat es verschärft, daß die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung nicht die Mehrheit erhalten und sie bis heute in seinem Reichstag besessen hat. Wenn heute immer wieder von der Opposition Anklagen gegen die Reichstagsmehrheit und die Parteileitung erhoben werden, so berührt mich das aus diesen Anklagen herausfließende Blaue an die Allmacht der Sozialdemokratie immer schmerzlicher. Die Opposition vergißt stets, daß die Sozialdemokratie nicht die Macht hat. Die Gedächtnissträgheit des Volkes hat die Bürgerlichen stark gemacht, aber diese Gedächtnissträgheit ist auch in unserer Partei zu finden, wenn Genossen kommunistische Phrasen gedankenlos wiederholen. (Zustimmung.)

Republikaner gibt es nur durch Erziehung.

Diese Erziehung hat der Krieg und die Arbeit in der Nationalversammlung geleistet. Damals lehrten die Unabhängige Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei die Verfassung ab; heute aber wird die Verfassung von allen Parteien bis zu den Kommunisten als der Boden anerkannt, auf dem politische Arbeit geleistet werden kann. Die Verfassung ist bei uns im Begriff das zu werden, was sie in England ist: Allgemeingut des deutschen Volkes.

Vom ersten Tage der Regierungsbildungen war die Sozialdemokratie gezwungen, Koalitionspolitik zu treiben. Schon um den Frieden zu erreichen, war es nötig. Wir haben vielleicht Fehler gemacht. Ich betenne mich schuldig daran, daß wir nicht immer in der Koalition waren. Es war verfehlt, zu viel Rücksicht auf die Stimmen zu nehmen, die sich gegen die Koalition richteten. Gemäß der Koalitionspolitik hat die Arbeiterschaft gegenüber der Sozialdemokratie kritisiert gemacht. Niemals aber waren wir von der Verantwortung befreit, ganz gleich, ob wir in der Regierung waren oder nicht. (Zustimmung.) Der Redner kennzeichnete die Politik der bisherigen bürgerlichen Kabinette. Wenn man von Koalitionspolitik spricht, dann soll man sich umsehen, wie es in den Ländern aussieht, in denen keine Koalitionspolitik von uns getrieben wurde. (Sehr richtig! Man hat uns zum Vorwurf gemacht, daß wir

die Regierung Cuno

nicht schnell genug gestürzt hätten. Aber die Partei war sich nahezu einig darüber, die Regierung Cuno allein die Suppe auslöffeln zu lassen. Ich will nicht untersuchen, ob die Ruhrbesetzung zu verhindern war oder nicht. Mit der Ruhrbesetzung hand in Hand ging die Inflation. War es nicht die Sozialdemokratie, die immer wieder die Forderung stellte, eine vernünftige finanzielle Politik zu treiben, um den Währungsverfall zu hindern? Das wird von der Opposition ständig verpöbeln. Es ist unerhörte, wie in der Partei immer wieder Vorwürfe erhoben werden, die jeder Grundlage entbehren. Es ist, als ob wir bei den Deutschnationalen in die Schule gehen müßten, um zu lernen, wie man agitieren muß. Genossen, wir haben die Ruhrbesetzung rechtzeitig erkannt. In zahlreichen Schriften haben wir darauf hingewiesen, daß sie eine Bedrohung des europäischen Friedens darstelle. Wir haben den Ruhrkampf verloren, aber ich weiß nicht, ob Voicarsé ihn gewonnen hat. Wenn die französischen Wahlen eine andere Zusammenfassung der Kammer bringen sollten, so wird das vielleicht eine Folge dieses französischen Sieges sein.

Wir haben

die Außenpolitik Stresemanns

gebilligt. Aus seinen scheinbaren Anfangserfolgen wurde schließlich ein Mißerfolg. Die Sozialdemokratie hat ihren besten Mann auf den verantwortlichsten Posten des Kabinetts Stresemann gestellt. Die Tätigkeit des Genossen Hilferding hat manche Kritik erfahren. Ich selbst betenne mich schuldig, auf ihn eingewirkt zu haben, weil mir seine Arbeit nicht schnell genug vorwärts ging. Unser österreichischer Genosse Otto Bauer hat uns aber darauf hingewiesen, daß Hilferdings Vorgehen durchaus richtig war, und daß es einen Niedergang ohne gleichen bedeutet hätte, wenn er nach den Vorschlägen der Dränger gehandelt hätte. Wir können stolz sein auf Hilferdings Wert, dessen Auswirkungen ich leider nicht mehr im Amt fanden. Die Rentenmark ist nicht Hefferichs Wert, mit Flug und Recht nimmt es die Sozialdemokratie für sich in Anspruch. Glaubt jemand, daß die Deutschnationalen sich so danach drängen, die Botschaft für die Schaffung der Rentenmark für sich zu beanspruchen? Hefferichs Plan einer Roggenbank stellte etwas ganz anderes dar. Wir haben

zwei Ermächtigungsgesetze zugestimmt.

Gegen beide ist Sturm gelaufen worden. Beide hätten die Aufgabe, die Steuern auf Goldmark zu stellen und die Währung zu stabilisieren. In der Fraktion rief mir ein besonders radikaler Genosse zu, das hätte man auch mit dem § 48 erreichen können. Der § 48 ist der Notparagraf der Republik. Er soll ihren Bestand sichern, wenn Gefahr im Verzuge ist. Das Gesetz, das die Anwendung des § 48 regeln soll, ist noch nicht verabschiedet. Wäre das Ermächtigungsgesetz nicht gemährt, hätte die Regierung März den Reichstag nach Hause geschickt und auf Grund des § 48 regiert, dessen Anwendung noch nicht gesetzlich vorgeschrieben war. Wir dürften mit der Anwendung des § 48 in dieser Lage keinen Präzedenzfall für die Zukunft schaffen. Wir hätten in der Fraktion nicht nach unserem Willen zu entscheiden, sondern zwischen zwei Feindern zu wählen. Wir glauben, den kleineren gewählt zu haben. Genossen, noch ist die Stabilisierung der Währung nicht sicher. Wir müssen an unserer Politik festhalten, die Rentenmark nur als eine Zwischenlösung zu betrachten, bis die Goldnotenbank kommt, die sich auf eine internationale Anleihe stützt. Diese Frage also war es in erster Linie, die Erhaltung der Verfassung in zweiter Linie, die uns bestimmen, für die Ermächtigungsgesetze zu sein. Wer also in der Zukunft sich berufen fühlt, uns wegen dieser Haltung anzugreifen, der möge die Dinge in diesem Zusammenhang prüfen. Ich habe mich bei allen diesen Entscheidungen stets dem Mehrheit gefügt, und das muß jeder Genosse tun. (Sehr richtig!)

Unter welchem Feldgeschrei werden die Wahlen geführt werden?

Man wird uns verantwortlich machen für alles, was die Urheber des Krieges verschuldet haben. Wir werden konsequent für unsere Handlungen einzutreten haben. Wir brauchen den Wahlkampf nicht zu fürchten, wenn wir uns unserer Kraft bewußt sind und uns nicht mitmischen lassen vor unseren Gegnern, vor allem vor denen von links, den kommunistischen. Die Kommunisten werden uns in der Agitation immer über sein, weil wir in der Gewissenlosigkeit mit ihnen nicht konkurrieren können. Wir haben Verantwortlichkeit gegenüber den Volksmassen, die die Kommunisten glauben, nicht aufbringen zu können. Augenblicklich ziehen die Kommunisten ihre Kraft aus dem wirtschaftlichen Verfall Deutschlands und aus den Spenden, die aus dem russischen Säckel fließen.

Der Krieg und seine Folgen sind von der Sozialdemokratie bekämpft worden. Sie hat dabei oft gegen ihren parteipolitischen Nutzen gehandelt. Bewußt hat sie die Interessen des Volkes über die der Partei gestellt. Das wird sich in der Zukunft günstig auswirken. Aus dieser Überzeugung schöpfe ich die Zuversicht, daß wir den Wahlkampf mit Ehren bestehen werden. Genossen, wenn Ihr hinausgeht in die Provinz und kraftvoll für unsere Ideen und Handlungen eintretet, kann der Sieg nicht fehlen. (Beifall.)

In der

Diskussion

spricht zunächst Genosse Brühl. Er kennzeichnet die Zersplitterung der Arbeiterklasse als den Hauptfehler unserer Vergangenheit. Der andere Fehler war, daß wir trotz des Anschauungsunterrichts, den uns die erste rein bürgerliche Regierung Lehrenbach-Simons

geliefert hatte, die Bildung der großen Koalition unter Birck ablehnten. Wer einmal seine Fehler erkannt hat, muß den Mut haben, sie zu bekennen und daraus die Konsequenzen zu ziehen und nicht wie einzelne, die von einer Partei zur anderen kommen und gehen, sich immer wieder gleich in Führerrollen drängen. (Beifall und Unruhe.)

Gen. Künzler: Die Republik hat es nicht verstanden, die Sympathien des Proletariats zu erwerben. Das ist nicht nur die Schuld Voicarsés, sondern auch der deutschen Bourgeoisie, der reaktionären der Welt. Mit dieser Bourgeoisie können wir keine republikanische Koalitionspolitik treiben. Die sogenannte positive Politik hat sich zum Schaden der Sozialdemokratie und der Republik ausgewirkt. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten lassen wir an der Einheit der Partei nicht rütteln. (Zustimmung.)

Gen. Siebel: Aus den Worten Künzlers sprach eine ganz falsche Einstellung zum Staat und zur Republik. Wenn seine Gedanken richtig wären, dann würde die Masse an der Demokratie verzweifeln und dem Irrwahn der kommunistischen Diktatur nachjagen. Es mangelt an Aufklärung der Masse, und dieser Mangel hängt mit unserer finanziellen Armut als Partei zusammen. Ich sehe nicht so schwarz in die Zukunft.

die Entwicklung in England gibt uns neue Hoffnung.

wenn wir nur den Glauben an die Demokratie nicht preisgeben. (Beifall.)

Gen. Bernstein: Ich bin überzeugt, die Ruhrbesetzung wäre nicht unter Birck erfolgt, weil die Regierung Birck selbst in Frankreich hohes Ansehen genoß. Hätten wir das Ermächtigungsgesetz abgelehnt, dann hätten die darauf lauernden Deutschnationalen den Nutzen davon gezogen. Mit den Kommunisten ist eine gemeinsame Arbeiterpolitik überhaupt nicht möglich. (Beifall.)

Gen. Ulmer: Die Politik der Sozialdemokratie läßt sich durchaus verteidigen. Wir haben keinen Mangel, heimtückisch so sein, und deshalb ist es eine jämmerliche, wenn Funktionäre so tun, als könnten sie unsere jegliche Politik nicht verteidigen. Der Teufel soll die Parteigenossen holen, die den Gegnern der Sozialdemokratie fortgesetzt Agitationsmaterial liefern. (Stürmischer Beifall.)

Gen. Klausner: Ich bin gegen jede Koalitionspolitik, die lediglich den bürgerlichen Parteien dazu dient, die Sozialdemokratie heranzuziehen zur Stützung der eigenen wankenden Stellung.

Gen. Brechtel: Es gibt in der Fraktion nicht nur ein Hüben und ein Drüben. Persönlich bin ich in gewissen Fragen nicht gleicher Meinung wie die Fraktionsmehrheit gewesen, aber ich habe es für meine Pflicht gehalten, mich dem Willen der Mehrheit zu fügen und die Politik der Mehrheit öffentlich zu vertreten. (Sehr gut!)

In solchen Fällen ist es Pflicht an der Partei, einen Teil seiner Selbstständigkeit aufzugeben. Solidarität ist in der Partei mehr denn je vonnöten. Fragen der Koalition sind keine Frage der sozialistischen Auffassung, sondern der politischen Taktik. (Sehr richtig!) Wir haben den Bestand der Republik gegen außen und gegen die inneren Feinde zu verteidigen und deshalb gibt es oft Situationen, in denen wir uns mit bürgerlichen Parteien verbinden müssen. Wenn wir aber in einer Koalition sitzen, dann darf die Kritik der Opposition nicht dazu führen, die Stellung der eigenen Minister zu erschweren. (Sehr gut.) Man spricht sehr viel von England und zieht Vergleiche. Aber wenn wir in Deutschland als Partei daselbst wären, was unsere englischen Genossen taktisch und politisch als Regierung tun müssen, dann müßte ich mich nicht in der nächsten Berliner Funktorenversammlung sehen lassen. (Stürmische Heiterkeit.) Wir lehnen es ab, russische Verhältnisse auf Deutschland zu übertragen, das gleiche gilt für Vergleiche mit der englischen Arbeiterregierung, die von den Liberalen abhängig ist. Ich komme aus England und warne vor allzu weitgehenden Illusionen, besonders wenn die Reaktion in Deutschland liegen sollte. Ein führender englischer Politiker sagte mir:

Für das deutsche Volk — alles, für die gegenwärtig herrschende Wirtschaftskrise — nicht!

Das ist die Stimmung in England, und daraus ermessen uns Sozialdemokraten ganz besondere Pflichten und Aufgaben bei den kommenden Reichstagswahlen. (Beifall.)

Gen. Marie Judacz: Ich stimme dem Genossen Brechtel völlig zu. Wir sollen in unseren Reihen Kritik üben, aber niemand, der sich bereit erklärt hat, die Verantwortung zu übernehmen, ist zu solcher Kritik berechtigt. Wir haben um die Frauen zu werben. In Wien haben 20 000 Frauen mehr als Männer für die Sozialdemokratie gestimmt. Das Beispiel von Wien zeigt, was erreicht werden kann. Die Partei muß sich viel mehr als bisher der Aufklärung und Gewinnung der Frauen annehmen. (Beifall.)

„Hasset Eure Feinde!“

Von Karl Sukert.

Als ich diese Ueberschrift in der neuesten Nummer des Revolverblätters „Friedericus“ las, stand es bei mir fest, daß ich ein derartiges Exemplar haben müßte. Zuerst fiel es mir ja schwer, dafür 30 Pf. zu opfern, aber der Inhalt dieser „Zeitung“ hat mich doppelt entschädigt. Welches seltsame „Deutsches Tagesblatt“ sollte ja nur jede Nummer eine Sensation sein, im „Friedericus“ ist aber jeder Aufsatz eine. Der Leitartikel besagter letzter Nummer trägt die obige Ueberschrift und ist verfaßt von einem gewissen F. C. Holz. Beim Lesen des Geschreibsels fiel es mir immer abwechselnd heiß und kalt den Rücken runter, so graute es mich. Ich sah deutlich im Geiste, wie der Verfasser des Artikels seine Zähne vor Blut über die „Kampfbereitschaft“ gestrichelt und seine Feder in frisches Sozialistenblut getaucht hatte. Denn das eine steht fest: Etwas Derartiges kann man nur mit Blut niederzuschreiben, sonst verliert es an Wirkung.

Ueber das Wort „Hasset Eure Feinde“ äußert sich Holz wie folgt: „Das Wort soll besänftigen, aber es fordert etwas, was nicht menschlich ist, was göttlich sein muß, was aber häßlich wird, wenn es von uns Deutschen her gesagt wird.“ Herr Holz nennt sich jedenfalls einen „Christen“, und sogar einen deutschen Christen und schimpft seine christlichen Landsleute Hunde, wenn sie der Lehre des Gründers seiner Religion Folge leisten wollen. Das ist also die Ansicht jener Leute, die bei jeder Gelegenheit in die Kirche rennen und um Gottes Beistand bitten.

Und dann ein anderer Satz: „Nicht eine Revolution, sondern einen Führer brauchte das deutsche Volk 1918. Und wenn ein solcher Führer 1918 nicht vorhanden war, so tat's die Militärdiktatur, die sich mit ihren Maschinengewehren und Kanonen damals dekorativer ausgenommen hätte als heute im roten Deutschland, wo fast an jeder Ecke ein pazifistischer Esel steht.“ Zunächst einmal eine Frage, Herr Holz: „Wo waren denn 1918 die militärischen Führer geblieben? Der „oberste Kriegsherr“ rückte in seiner Angst um das Leben nach Holland aus; sein ältester Junge folgte ihm; Erich Lindström (sonst unter dem Namen Ludendorff bekannt) bedrückte sich blau und flog, ebenfalls vor Furcht um sein Leben, nach Schweden. Hier ließen sich noch viele solcher Namen aufführen, diese drei sollen aber genügen, weil sie für diesen Kreis die markantesten Persönlichkeiten sind. Aber die zurückgebliebenen Militärs waren Diplomaten, setzten sich schnell auf den „Boden der gegebenen Tatsachen“ und schlugen recht schön still. Dann aber zu den pazifistischen Eseln. Als Christus gefangen genommen wurde, wollte ihn einer seiner Anhänger mit dem Schwert in der Hand verteidigen. Christus gebot aber diesem, das Schwert in die Scheide zu stecken. Das war von Christus zweifellos pazifistisch gedacht, und wer heute ebenso denkt, wird von Ihnen, Herr Holz, als Esel bezeichnet. Es wird

sich die weitere Frage auf, ob in früherer Zeit bei einem gleichen Gedankenengang sich die Kirche hierzu ruhig verhalten hätte.

Zum Schluß möchte ich Herrn Holz einen Satz für sein Stammbuch empfehlen, und zwar einen Satz des Evangelisten Johannes, der in seiner ersten Epistel Kapitel 2, Vers 4, wie folgt geschrieben hat: „Wer da sagt, ich kenne ihn und hält seine Gebote nicht, der ist ein Lügner und in solchem ist keine Wahrheit.“

Historisches von der Grippe.

Die Grippe stellt sich als mißliebiger Gast in den letzten Wochen wieder öfters ein, wenn sie auch glücklicherweise nicht jene furchtbaren Formen annimmt, wie in der Zeit kurz nach dem Kriege. Damals glaubte man, daß mit dieser Krankheit eine ganz neueurchbare Geißel der Menschheit erstanden sei. Aber gar bald erkannte man, daß es sich um eine Epidemie handelte, über die wir schon seit Jahrhunderten unterrichtet sind. Der bekannte Historiker der Medizin Dr. Erich Oschkin hat in der Zeitschrift „Das deutsche Buch“ interessante Mitteilungen über die Geschichte dieser Krankheit gemacht. Schon im Jahre 1550 treffen wir auf eine Epidemie, der sog. „Schlafkrankheit“, die nichts anderes war als unsere heutige Gehirngrippe. Diese besonders gefährliche Form der Grippe wurde in London in den Jahren 1774—75 beobachtet und geschildert. Kein Beringerer als Isaac Newton machte damals mit ihr Bekanntschaft. Der Name „Grippe“, der damals auftaucht, kommt von dem Wort „gripper“, d. h. angreifen, besetzen. Die Grippe erhitte also ihren Namen davon, daß sie ganz plötzlich den Menschen ergriff, packte. Seit 1733 erscheint daneben der Name „Influenza“, der soviel wie Einfluß bedeutet. Dabei ist ursprünglich an den Einfluß der Gestirne auf die Gesundheit des Menschen gedacht. Diese „Influenza“ tritt dann im 18. Jahrhundert vielfach auf. So schreibt Dichtenberg 1775 aus London: „Es ist ein sehr großes Sterben hier, und manche Leute sind äußerst ängstlich.“ In den folgenden Jahren war Deutschland von der Grippe heftig heimgesucht. So berichtet Herzog Karl August aus dem Februar 1782 von Goethe: „Jetzt geht Goethe gelb und bleich umher und sitzt an sich herum.“ Die Hofdame Fräulein v. Gödchhausen schreibt Ende Mai desselben Jahres: „Da ist eine verflucht verruchte Seuche losgegangen, die ein unfeliger Sturm von Afrika über ganz Deutschland gelang haben soll und deren Geißel keines Menschen Kind entgeht.“ Sie selbst wandelt „unter kaum Erfahrenden, Kranken oder im Begriff krank zu werdenden Schotten umher“ und kommt sich vor „wie ein armer Teufel in der Bataille, neben dem Freund und Feind fällt und der sich auch jeden Augenblick einer Musketenkugel verfehlt.“

Im selben Jahre erkrankte Schiller besonders heftig, so daß er nach der Aufführung der „Räuber“ in Mannheim in sehr schlechtem Zustande nach Stuttgart zurückkehrte. Damals rückte Kant eine „Nachricht an Aerzte“ in die Königsberger gelehrte und politische Zeitung, und zwar zu dem Zweck, um dieser Krankheit, die nicht durch die Luftschleimigkeit, sondern durch bloße Ansteckung sich auszuwehnen scheint, so weit als möglich nachzuspüren. Kant's Anschauung, daß die Krankheit durch „schädliche Insekten“, die durch

den russischen Handel nach dem westlichen Europa kämen, erzeugt würde, fand die Zustimmung des Wiener Medizinalkollegiums. In Paris sang man damals einen Gassenhauer, dessen Refrain lautete: „Die Grippe ist Mode in Paris“. Der nächsten großen Influenza-epidemie, die in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts durch Europa zog, fiel Chamisso zum Opfer. Kurz nach der Erkrankung, im Jahre 1833, dichtete er ein Sonett mit der Ueberschrift „Nach der Grippe“. An den Folgen der heimtückischen Krankheit starb er dann 1838. Bei der nächsten großen Epidemie, die von 1889—91 tobte, sammelte der Breslauer Hygieniker Richard Pfeifer die Erfahrungen, mit deren Hilfe er den Pfeiferischen Bazillus entdeckte. Seitdem wissen wir, daß die Grippe zu den Infektionskrankheiten gehört.

Eine Wiederbelebung der Freskotechnik? Der Berliner Kunstmaler Hans Joachim Wagner hielt am Sonnabend vor geladenen Pressevertretern einen Vortrag über Freskomalerei. Der Künstler glaubt auf Grund eines 15jährigen Studiums in Griechenland und Italien das Geheimnis der Freskomalerei der Antike wiedergefunden zu haben. Dichte Freskomalerei der klassischen Völker, wie man sie unter anderem in dem ausgegrabenen Pompeji und Rom noch heute findet, zeichnete sich durch ihren Glanz und ihre Farbenpracht sowie durch ihre Dauerhaftigkeit vor der Freskomalerei der Renaissance aus. In der Renaissance war das Geheimnis dieser Freskomalerei auch den italienischen Künstlern verlorengegangen und hatte sich nur in einigen einfachen italienischen Handwerkerfamilien erhalten. Der Künstler mißt dieser Wiederentdeckung der alten Freskomalerei für die moderne Architektur insofern große Bedeutung bei, als er hofft, daß sie infolge ihrer außerordentlich dekorativen Wirkung und der sehr billigen Gesehenskosten nimmere auch ihren Einzug in das Haus der Neuzeit halten wird. In dieser Weise hat er bereits eine Villa in Dohlem ausgemauert.

Es ist nicht das erstemal, daß eine Neubelebung der Freskomalerei versucht wird. Die früheren Versuche sind meist gescheitert, aus diesen Gründen. Es handelt sich nicht bloß um technische Probleme. Die Wand müßte erst wieder der Malerei erobert werden, und es müßten auch die Stillschaltungen geschaffen werden, deren das Fresko bedarf. Ob dann aber gerade die römische Art der Freskotechnik für heutige Bedürfnisse geeignet wäre, ist noch eine besondere Frage.

Vollkühne. Die deutsche Uebersetzung von Andrejew's „König Dangun“ findet am 28. d. M. in der Volkshöhle, 2. Unter am Bülowplatz, statt. Regie: Fritz Hall. Künstlerischer Beirat: Oskar Schlemmer und Hans von Heimer.

Karl Kraus-Abende. „Die Truppe“ veranstaltet im Lustspielhaus am 21., 22., 23., 24. und 27. Februar, 8 Uhr, fünf Vorstellungen von Karl Kraus. Das Programm enthält: Eigene Schätzten, sowie Zeichnungen von Schätzbear, Goethe, Heine, Mann, Hauptmann, Hebbelund.

Die Schulreform in Thüringen wird in einer 22 Seiten starken Sondernummer der „Völkischen Wochenschrift“ dargestellt. Gegenüber dem Zeitbild, das in dem parteipolitischen Lastertrakt entstanden ist, vertritt in dieser Veröffentlichung Vertreter des Thüringer Bildungswesens einen sachlichen Uebersicht über die in Thüringen geleistete Arbeit zu bieten. Wichtig kommen die wichtigsten geistlichen Bestimmungen zum Ausdruck. Die Nummer kann gegen Vorzahlung von 30 Pf. von der Druckerei Grefenow u. Schramm, Leipzig, Duxstr. 17, bezogen werden.

Gen. Heilmann: Wir müssen den Streit um Vergangenes begraben. Der prinzipielle Gegensatz, der in der Partei waltet, ist, wie Genosse Künzler richtig sagte, der Streit um den Staat. Unter dem Oberbegriffstaat konnten wir kritisieren und schimpfen, im demokratischen Staat haben die Massen die Verantwortung. Wir haben den Massen einzuhaushern, daß es sich bei den Wahlen nicht um eine Demonstration, sondern um die Erringung von Einfluß handelt, ob in den nächsten 4 Jahren eine Linksopposition im Sinne Bircks oder eine Rechtsopposition im Sinne Sieger walds herrschen soll. So ist denn jede Stimme, die den Kommunisten zuzieht, eine Stärkung der Reaktion. Im Reich konnten wir keine rücksichtslose Opposition treiben. Es ist tatsächlich besser, in der Regierung zu sein und auf einen Einfluß hinzuwirken. Aber wir müssen nicht unter allen Umständen in der Regierung sein.

Der Ruhrkampf konnte nur von einem Kabinett Stresemann beendet werden. Hätte es die Sozialdemokratie allein getan, wäre die Republik zusammengebrochen.

Als die Partei der praktischen Arbeit für das Proletariat werden will in den Wahlkampf ziehen und ihn mit Erfolg bestehen. (Beifälliger Beifall.)

Hierauf wurde Schluß der Diskussion beschlossen. Im Schlußwort erklärt Genosse Wels gegenüber den Neuerungen des Genossen Künzler, daß sich die Änderung in der Stellung zum Staat innerhalb der Sozialdemokratie nach dem Rathenau-Nordvortrag hat. Wir haben im Bürgerturn scharf zu unterscheiden zwischen denen, die die Weimarer Verfassung anerkennen, und denen, die es nicht tun. Bei dem Kampf, der innerhalb der Partei geführt wird, wird das Bürgerturn scharf zu werden. Das ist ein Zustand, den wir nicht ertragen können. Auch die Gewerkschaften haben innere Kämpfe durchgemacht. Sie zählten vor dem Kriege 2 1/2 Millionen Mitglieder. Nach dem Kriege waren es 8 Millionen, heute sind es noch 7 Millionen. Diese Mitglieder müssen erzogen werden. Die Erzieher aber werden als die Bremser betrachtet. Die Erhaltung der Wirtschaft aber war das A und O unserer Politik. Der Redner lenkt ab auf die „Einheitsfront“-Geschrei der Kommunisten. Man hat in Referenz ein kommunistisches Protokoll gefunden. In ihm wird ein kommunistischer Aufmarschplan erläutert. Darin wird unterschieden zwischen den Personen, die im Falle eines Aufmarsches sofort zu befehligen seien, nach dem Rezept, Tote können nicht mehr reden, und solchen, die in Schutzhaft zu nehmen sind. Genau so wie in Schließungen gehören zu den Leuten, die „erledigt“ werden sollen, nur Sozialdemokraten. Danach sind zu befehligen der Landeshauptmann Gen. Caspari, unser Parteisekretär Steinbrecher und Genosse Kienzi. In Schutzhaft sollten genommen werden: der deutschnationale Landtagspräsident und der Landesgerichtspräsident. (Große Bewegung.) Der bisherige Vorsitzende dieser kommunistischen Mittelschicht ist, wie so viele andere, zum Stahlhelmbund übergetreten. Genosse Wels schloß mit einer bereichernden Aufforderung, mit aller Kraft für den Sozialismus einzutreten.

Folgende Entschliessung

wurde mit 120 gegen 2 Stimmen angenommen:
Der Bezirksparteitag der SPD. der Provinz Brandenburg stellt fest, daß die Politik der Partei zwangsläufig vor allem durch den verlorenen Krieg und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen bestimmt war. Parteivorstand und Reichstagsfraktion standen besonders in den letzten Monaten immer nur vor der Wahl zwischen zwei Leben und haben das kleinere gewählt.

Indem der Parteitag dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion das Vertrauen ausspricht, fordert er alle Parteigenossen im Hinblick auf die schicksalsschwere Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen auf, tatsächliche Reinigungsverschiedenheiten zurückzustellen und die Politik der Sozialdemokratie, die allein den wahren Interessen der Arbeiterklasse entspricht, mutig gegen alle Gegner von rechts und links zu vertreten.

Die Kandidatenauffstellung

folgt folgendes Ergebnis:
Potsdam: 1. Biffel, 2. Breitscheidt, 3. Genossin Juchacz, 4. Staab, 5. Herm. Müller-Dahenberg, 6. Wuschid, 7. Dr. Salomon, 8. Dr. Herz-Spandau, 9. Viktor Schiff, 10. Thurm.
Frankfurt: 1. Wels, 2. Schumann, 3. Giebel, 4. Kogler, 5. Genossin Raisske, 6. Schmidt, 7. Rarh, 8. Wegener, 9. Freter, 10. Ostrowski.

Für die Reichsliste wurde der Landeshauptmann Genosse Dr. Caspari als Vertreter der Grenzmark in Vorschlag gebracht. Zum Parteitag wurden folgende Delegierten bestimmt: Hülscher, Schmidt, Heilmann, Draug (Senfener), Wogner, Kayser, Lehne, Schadow, Dauh (Küftrin), Bauer. Als Ersatzmann wurde Genosse Sehn gewählt.

Nachdem über die gedruckt vorliegenden Anträge abgestimmt worden war, nahm Genosse Wels das Wort, um unter dem Beifall des Bezirksparteitages dem Genossen Sydow, dem bisherigen Vorsitzenden der Brandenburger Bezirksorganisation, für seine aufopferungsvolle Tätigkeit in dem Augenblick zu danken, wo er von keinem Popen zurücktritt. Sein Nachfolger wird der Genosse Stahl. Genosse Sydow erwiderte, daß er scheide, weil er in seinem Alter jüngeren Kräften Platz machen wolle. Er dankte für die Sympathie. Die man ihm entgegengebracht habe. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde der Parteitag geschlossen.

Bezirksparteitag Oberrhein.

Köln, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend und Sonntag tagte in Köln der Parteitag der Sozialdemokratie für die obere Rheinprovinz. Im Vordergrund der Erörterungen stand die Rheinlandsfrage, über die Genosse Dr. Meerfeld referierte, und die Diskussion über die kommenden Reichstagswahlen, zu der Genosse Sollmann das einleitende Referat hielt. Die Opposition wurde durch den Landtagsabgeordneten Kleinmayer-Koblenz vertreten. Zur Reichstagswahl stimmte der Parteitag gegen fünf Stimmen einer Entschliessung Sollmanns zu, in der es heißt:

„Der Parteitag spricht, unbeschadet der Kritik im einzelnen der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand sein Vertrauen aus. Der Parteitag erblickt in der demokratisch-republikanischen Verfassung einen mächtigen Hebel zur Befreiung der Arbeiterklasse, wenn diese die ihr gegebenen Rechte wirklich gebrauchen lernen. Unter Ablehnung jeder Minderheitshegemonie kämpft die Sozialdemokratie durch die Reichstagswahl erneut um die Staatsgewalt. Der Parteitag fordert die Arbeiter der Hand und des Kopfes, Männer und Frauen auf, sich nicht durch Richtungsänderung und konfessionellen Streit entzweiten zu lassen, sondern mit derselben Einigkeit und Geschlossenheit die Kapitalistenklasse den politischen Kampf zu führen, und zwar durch die Sozialdemokratie.“

Zur Rheinlandsfrage wurden folgende Entschliessungen einstimmig angenommen:

1. Der Parteitag erneuert die Richtlinien der sozialdemokratischen Rheinlandpolitik. Die staatsrechtlichen Verhältnisse am Rhein sind eine innerdeutsche Angelegenheit. Ein Grund für staatsrechtliche Änderungen liegt nicht vor. Der Friede Europas im Einklang mit dem Masseninteresse der deutschen Arbeiter erfordert die entschiedenste Abwehr jeder Lösung.“

2. „Der Parteitag gedenkt der vielen ausgewiesenen Rheinländer, die als Opfer des Ruhrkampfes noch immer in der Verbannung leben müssen. Wir fordern die Regierungen der Befehlsmächte und Deutschlands auf, diesem Zustand ein

Ende zu machen. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem WGB. alle Schritte zu unternehmen, um die Rückkehr der Ausgewiesenen zu beschleunigen.“

Der Parteitag begrüßt weiter die 2000 deutschen politischen Gefangenen in den Strafanstalten der französisch-belgischen Besatzung, die um ihrer Pflichterfüllung für die deutsche Republik willen seit Jahresfrist ausharren.

Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie die den Ausgewiesenen vorbehaltenen Versprechungen vorbehaltlos erfüllt. Eine verkehrte Sparpolitik auf diesem Gebiet müsse in Rheinland verhängnisvoll wirken.“

Ueber die kommenden Gemeindevahlen referierte Landtagsabgeordneter Genosse Haas. Auch hier wurde eine Entschliessung angenommen, die den Parteitag beauftragt, die gemeinschaftlichen sozialdemokratischen Mitglieder des Sechzigerausschusses und unsere Abgeordneten im Preussischen Landtag dahin zu beauftragen, daß die Gemeindevahlen am 4. Mai im besetzten Gebiet stattfinden können. Vorbedingung dafür sei, daß die Befehlsmächte Presse-, Rede-, Versammlungs- und Wahlfreiheit garantieren, damit der Wille der Bevölkerung klar zum Ausdruck kommen kann.

Die Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl für die Wahlkreise Köln-Nach und Koblenz-Trier ergab als Spitzenkandidaten für Köln-Nach die Genossen Sollmann, Armkreuz-Nach sowie die Genossin Frau Kirschmann-Köhl. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Fries-Köln war an vierter Stelle vorgesehen. In der Debatte wurde beantragt, ihn an zweiter oder dritter Stelle zu setzen. Der Parteitag lehnte das mit Zweidrittelmehrheit ab, wofür Fries auf eine Kandidatur überhaupt verzichtete. Im Wahlkreis Koblenz-Trier steht Genosse Redakteur Kirschmann-Köln an erster Stelle der Liste, ihm folgen die Genossen Franz Gruber-Kreuznach und Hans Wenne-Trier.

Für Pfalz und Rheinland.

Im großen Sitzungssaal des Reichstags fand gestern eine Kundgebung für die deutsche Pfalz und das deutsche Rheinland statt. Der große Saal und die Tribünen waren überfüllt. Ueber dem Präsidentensitz war der Reichsadler angebracht, in seinem Schilde die Wappen von Rhein- und Saarland und der Pfalz. Darunter stand der Spruch: „Wir stehen für unser Land!“ An den Regierungssitzen hatten sich u. a. Reichstagsler Marg, Arbeitsminister Brauns, der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Hoffe, Reichswehrminister Doser und Minister Severing eingefunden, als Vertreter des Reichstagspräsidiums Dr. Reher. Die Berliner Liebertafel unter Leitung des Professors Wüller eröffnete die Feier mit einer Motette von Bach. Konfistorialrat Gruhl begrüßte darauf die Versammlung mit Worten, die in ein Treuebündnis für die Pfalz und das Rheinland eintraten. Nach Ansprechen des deutschen Geländes in Wien Dr. Pfeiffer und des Reichsministers für die besetzten Gebiete Hoffe fand die Kundgebung ihre Fortsetzung vor der großen Öffentlichkeit mit einem Konzert auf dem Königsplatz. Hier hatten sich seit 11 Uhr diese Tausende eingefunden. Ein starkes Polizeiaufgebot war zur Stelle, hatte jedoch keinerlei Veranlassung zum Einschreiten. Gegen 12 1/2 Uhr trat Reichstagsler Marg mit seiner Begleitung aus dem Reichstagsgebäude auf die Freitreppe, mit ihm General Dr. Pfeiffer, der von dort aus vor der versammelten Menge auf die Bedrücknis der Pfalz und das volkstümliche Treiben der Separatisten hinwies. Nach dem gemeinsamen Gesänge des Deutschlandliedes gingen die Teilnehmer dann langsam auseinander.

Der Reichspräsident empfing im Anschluß an die Pfalz- und Rheinlandschau eine Abordnung, die ihm über den Verlauf der eindrucksvollen Kundgebung berichtete. Der Reichspräsident dankte den Veranstalter und betonte in seiner Erwiderung, daß diese aus freier Entschliessung der Berliner Bevölkerung erwachsene massenweise Kundgebung, die durch ähnliche Veranstaltungen im Reich noch weitere Steigerung erfährt werde, der bedrückten Bevölkerung in der Pfalz und an Rhein und Ruhr weise werde, daß das ganze deutsche Volk in Treue und Dankbarkeit sich mit dem um Freiheit und Menschenrecht kämpfenden Brüdern und Schwestern verbunden fühlt. Von der Reichsregierung werde nach wie vor alles geschehen, um das Los unserer Volksgenossen zu erleichtern und ihnen Freiheit, Kultur und Frieden wiederzubringen.

Der elegante Unbekannte.

Immer noch keine Aufklärung des Frauenmordes.

Die Nachforschungen der Kriminalpolizei zu dem Frauenmord in der Pynarstraße im Verein mit den vielen Aussagen der Zeugen, die sich auf die Säulenanschläge und die ausgelegte Belohnung hin arbeitslos haben, bestätigen immer mehr die Annahme, daß als Mörder jener modern gekleidete Unbekannte, der bei Frau Liebau sich nach dem Zimmer erkundigt hat und von ihrem Liebhaber gesehen wurde, in Frage kommt.

Es sind nun auch mehrere andere Fälle bekanntgeworden, in denen jener Unbekannte versucht hat, die Bekanntheit von älteren Frauen zu machen. So verschaffte sich der Mann in der Wohnung einer Zeitungsfrau Zutritt, nachdem er sie auf der Straße kennen gelernt und sich bei anderen Weibern nach ihrer Wohnung erkundigt hatte. Unter einem unverfänglichen Vorwand suchte er sie auf. Weibliche Aussagen sind noch mehrere eingelaufen. Aus ihnen kann man entnehmen, daß in dieser Gegend seit geraumer Zeit ein Mann versucht hat, Anschlag an ältere Frauen zu finden, um seinen Reizungen nachzugehen. Vieles ist ihm nun bei der Frau Liebau gelungen. Ebenso sicher ist es, daß dieser Mann Frau Liebau schon längere Zeit beobachtet hat, um die geeignete Zeit für sein Vorhaben abzuwarten. In allen Fällen wird er als ein großer, schlanker Mann, in mittleren Jahren, beschrieben. Am Sonntag, den 10. d. M., als er bei Frau Liebau in der Wohnung war, um sich hier nach einem Zimmer zu erkundigen, trug er einen enganliegenden modernen grauen Leberzieher. Er hat ferner ein langes, bloßes Gesicht mit abgehenden schwarzen Gesichtshäuten. Ferner stehende Augen und einen auffallend schmalen Mund. Alle Personen, die nun Frau Liebau am Tage der Tat, am 11. d. M. montags gesehen haben, den unbekanntem Mann am Sonntag gegen 3 Uhr beobachtet haben, wie er das Haus Pynarstraße 13 verließ oder hineinging, ferner diejenigen, die Frau Liebau am Sonnabend vielleicht schon mit jenem Unbekannten gesehen haben, oder sonst irgend eine Angabe über jenen Mann machen können, werden gebeten, sich bei der Mordkommission Dr. Riemann-Broschwy im Polizeipräsidium Zimmer 83a zu melden.

Wie man Bankier wird.

Zu der Verhaftung eines betrügerischen Trios.

In Braunschweig besteht in einer etwas abgelegenen Stadt-gegend im dritten Stock eines obliquen Hauses, nur notdürftig eingerichtet, seit einiger Zeit ein Bankhaus Gebrüder Künneke u. Co. Seine Inhaber waren drei Brüder, der 28jährige Otto, der 24jährige Robert und der 19jährige Rudolf Künneke. Rudolf war Tischlerlehrling. Otto und Robert waren Rieker aus einer Hamburger Werk, Künneke sind die drei, deren Maschinen auch nach Berlin herübergeführt plötzlich verhaftet worden, weil das Bankhaus sich als ein „Schwindelgebäude“ erwies.

Zu Hause und auf Reisen übten sich die drei fleißig in Nachahmungen von Unterhändlern, bis sie jeden Namen bankmäßig nachzeichnen konnten. So schickten sie auch nach Austerlitz, die einem Hamburger Bankhaus vor einige Zeit obhanden gekommen waren, Bankchecks einer New Yorker Firma, Edwards, die von einer Bank auf die andere gezogen werden und so gut wie

bates Geld sind, machten große Einfäufe im In- und Auslande und bezahlten mit diesen Checks die überall angenommen wurden. Vor einiger Zeit tauchte ein solcher Check in Magdeburg auf. Zwei junge Männer kauften dort zwei Kilogramm Feingold und gaben einen Bankcheck der Hamburger Firma in Zahlung. In Magdeburg war man aber so vorsichtig in Hamburg anzufragen. Als die beiden das merkten, verzichteten sie auf das Geschäft und verschwanden. Die Berliner Kriminalpolizei, die von dem verunglückten Versuch benachrichtigt wurde, traf sofort die erforderlichen Sperrmaßnahmen und nahm auch hier mit ihren Beamten die Ermittlungen nach den Fällern auf. Am Sonnabend erschien bei einer Berliner Großbank ein Mann mit einer Anweisung einer hiesigen Firma, nach der ihm 7 1/2 Kilogramm Feingold gegen Devisenchecks ausgehändigt werden sollten. Man erinnerte sich aber der Sperrmaßnahmen und ließ den jungen Mann festnehmen. Es war der „Bankier“ Rudolf Künneke, der ehemalige Tischlerlehrling. Sein Bruder Robert, der ihm beim Transport des Goldes helfen sollte, entwickelte und fuhr mit dem nächsten Zuge nach Braunschweig, wo Otto, der Chef des Hauses, seine beiden Brüder mit der Goldbeute erwartete. Die Braunschweiger Kriminalpolizei wurde sofort durch den Fernsprecher unterrichtet, nahm auch Otto und Robert Künneke fest und beschlagnahmte die ganze Korrespondenz, die beweist, daß das laubere Dreieck ausgebreitete Verbindungen selbst in Uebersee angeknüpft hatte.

Liebestragödie in einem Hotel.

Am Sonntagabend gegen 8 1/2 Uhr wurde der Kaufmann Fleischmann und die unerhehliche Lina Busch, die beide aus Halle a. d. S. stammen und vor etwa 8 Tagen in einem Hotel in der Kantstraße ein Zimmer gemietet hatten, in ihrem Hotelzimmer mit Schußverletzung im Kopf befehlungslos aufgefunden. Ein Arzt konnte bei Frau Busch nur noch den Tod feststellen. Fleischmann wurde schwer verletzt ins Krankenhaus in der Achenbachstraße gebracht, wo er inzwischen seiner schweren Verletzung erlegen ist. Nach hinterlassenen Briefen hatten beide beschlossen, aus dem Leben zu scheiden, weil die Eltern eine Heirat nicht zugeben wollten.

Die Stadtverordnetenversammlung muß in dieser Woche zwei Sitzungen haben, eine außerordentliche am Dienstag um 4 1/2 Uhr und die ordentliche am Donnerstag um 4 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die aus früheren Sitzungen übernommenen Res. Dazu sind neue Anträge und Vorlagen gekommen.

Die Sozialdemokratische Studentenvereingung veranstaltet heute Montag, 8. Februar, wie mitgeteilt, eine öffentliche Versammlung in der Aula des französischen Gymnasiums (Reichstagsufer). Gen. Heilmann, M. d. L., spricht über: „Sozialistische Idee und sozialdemokratische Politik.“

„Arbeiterleser“ ist das Thema eines Vortragabend, den die Lit. Vereinigung des Berliner Lehrervereins am Montag, 12. Febr., abends 8 Uhr, in der Aula Niederwallstr. 12 veranstaltet. Doktor Erich Drach spricht Dichtungen von Dantel, Brögel, Engelke, Leich. — Karten an der Abendkasse 40 Pf.

Der Mensch im Ringen um das kosmische Weltbild. Am Dienstag, 19. Februar, 7 1/2 Uhr, spricht Oberkublenbrück Dr. Ernst Goldbeck in öffentlicher Versammlung des Bundes einflussreicher Schulreformer über das obige Thema im Werner-Elementar-Gymnasium, Hohenhausenstr. 47/48. Redermann eingeladen. Unkostenbeitrag.

Sport.

Reit- und Fahrturnier. Der Sportplatz, der am Sonnabend ziemlich leer war, sah am Sonntagmittag, wo nur die Pferde eine Rolle spielten und der Toto nichts zu sagen hatte, ein ausverkauftes Haus. Ebenso war der Sonntagabend gut besucht. Zum erstenmal erschienen, als Hauptpunkt des Nachmittagsprogramms, die 18 Celler Hengste in der Bahn. Die Vordelphaler wurden von Gestütsmännern in einer Fahrschule geritten. Das Publikum schrie, trampelte und tadelte Beifall und die Pferde-Bandwörter mußten Ehrenrunde auf Ehrenrunde traben. Die Ergebnisse der Springkonkurrenzen waren:

Sonnabend-Resultate. 1. Hdt. 1. Ludwig-Preis. 1. Reiche (Mitt. Vier), 2. Paul III. 3. Ritter. Tot.: Sieg 19; Pl.: 18, 22, 16 (Reiche und Paul III. Reiterzeit). 2. Hdt. 1. Dahn (Zienhöfe), 2. Bone 3. Tid, 4. Erala. Tot.: Sieg 71; Pl.: 21, 18, 38, 54, 3. Hdt. 1. Gml. (Fitz. u. Longen), 2. Diabolo (Tred), 3. Lord Göring, 4. Güllia. Tot.: Sieg 1150; Pl.: 36, 29, 15, 4. Hdt. 1. Lehmann (Holt), 2. Dürckhorn, 3. Valmette, 4. Elshner. Tot.: Sieg 57; Pl.: 30, 34, 72, 5. Hdt. 1. Tannhäuser (Kantun. Bestenbau), 2. Richard, 3. Kolo. Tot.: Sieg 39, Pl.: 21, 34, 5. Hdt. 1. Godelle (Prinz Eglhaub u. Frauen), 2. Ritterhorn, 3. Rajade, 4. Quartiermeister. Tot.: Sieg 39; Pl.: 3, 22, 76, 40, 7. Hdt. 1. Ebanung (Panne), 2. Kmsel, 3. Theobald II, 4. Irene II. Tot.: Sieg 56; Pl.: 23, 153, 50, 40.

Sonntag-Resultate. Erlaucht-Preis. 1. Hdt. 1. Schwabenjunge (Frau Fr. Biener), 2. Salza, 3. Dera, 4. Ornd. Tot.: Sieg 74; Pl.: 22, 15, 49, 2. Hdt. 1. König (Krumm), 2. Rolf IV, 3. Herzog Albrecht, 4. Granit. Tot.: Sieg 122; Pl.: 33, 32, 12, 3. Hdt. 1. Goldhelle (Prinz Eglhaub u. Frauen), 2. Kuerstahn, 3. Garbas II, 4. Quattner. Tot.: Sieg 47; Pl.: 14, 19, 36, 64, 4. Hdt. 1. Hüner (Obermühl Köh), 2. Tannhäuser, 3. Rajade, 4. Rüdthofen. Tot.: Sieg 107; Pl.: 24, 41, 43. Großer Preis des Sportplatzes. 1. Hdt. 1. Gollath (Rehrich u. Langen), 2. Jaccueller, 3. Tommy, 4. Analan. Tot.: Sieg 29; Pl.: 14, 22, 18, 2. Hdt. 1. Tönnig (E. H. Wölke), 2. Wäberich, 3. Ebanung, 4. Arbeit. Tot.: Sieg 88; Pl.: 10, 26, 23, 82, 3. Hdt. 1. Kroll (D. Krieger), 2. Granit, 3. Tannhäuser, 4. Quattner. Tot.: Sieg 41; Pl.: 20, 46, 18.

Woeslop-Holland Sieger im Deier-Wald. Der Start der Vertreter der ersten internationalen Klasse, die gestern um 10 Uhr am Kaiserhof a m den Tautoren gegenüberstanden, hatte dazu beigetragen, daß große Leute bis auf den letzten Platz zu füllten. Das Freier-Treffen über je 3 Ränge je 3 Kurven sah den Weltmeister Woeslop als Sieger, der gestern bei Kriegerausbruch wieder zum erstenmal in Deutschland an den Start ging. Am hiesigen Start ging er in den beiden ersten Läufen als erster über die Hindernisse. Im letzten Lauf und sicherte sich somit den 2. Platz. Am nächsten blieb Woeslop-Holland mit 7 Punkten erster vor Roullmann (5 Punkte) und seinem Landsmann Prens (3 Punkte). Am Dreikundend-Rennschloß abhören war die gute Klasse durch den Weltmeistermann Gagn und van Red vertreten. Der in den ersten Runden alle 6 Wetungen mit dem ersten Platz belegte, wobei ihm Stellbrint ständig den guten Platz sicherte. Das hiesige Tempo in der ersten Stunde (41100) unterband jeden Ueberundungsversuch. Das nächste Paar Egg-Remano war bei Stundenbruch um 20 Punkte hinter van Red-Stellbrint zurück. 4 Doppelerrungen und das Ausschicken von Red brachte die zweite Stunde. Nach der zweiten Doppelerrung kürzten Egg und van Red beim Verlassen des Fieis auf der Kurve, van Red mußte mit Ober- und Unter-erlegungen von der Bahn getragen werden, damit sieh der beste Mann aus dem Rennen; während Kroll nur mit dem geringen Verlust die Bahn verließen durfte. Stellbrint-Kroll bildeten nach Uebernahme des Rennens eine neue Partnerschaft und bekamen eine Verunsicherung und bildeten. Nach der zweiten Stunde (74150) hatten Egg-Remano mit 33 Punkten die Spitze vor Egg-Remano (30 Punkte). Der Weltmeistermann belegte nach scharfen Kämpfen mit Egg und van Red in der letzten Stunde im flüchtigen Umlauf Wetungen mit dem ersten Platz, in Remano land er die gute Unter-errung, der auch sein Teil an dem Punktgleichheit. Egg-Remano, Kroll und Jaccueller des Erdbebens, belegten nach letztem Kampf in dem Rennen den zweiten Platz. Kroll-Krieger bildeten ein gutes Paar. Kroll war wieder der hiesige Anführer bei den 3 Rängen. Nach 3 Stunden waren 119000 Kilometer zurückgelegt. 1. Egg-Remano 75 Punkte, 2. Egg-Remano, die die dritte Egg anerkennen mußten, erreichten nur 48 Punkte. Den dritten Platz belegten Krieger-Kroll mit 41 Punkten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis, Kreuzberg, Montag, 9. Febr., nach der Kreisvorstandssitzung: Kreisführer Reichel bei Wier. Offenbacher, 76.
19. Kreis, Prenzlau, Montag, 18. Februar, 7 Uhr: Fraktionsführung mit dem Kreis-Delegierten im Rathaus Prenzlau (Sitzungsraum). Begrüßung erbeten.
21. Hdt., Trebbin, Montag, 18. Februar, 7 Uhr: Fraktionsführung mit dem Kreis-Delegierten im Rathaus Trebbin. Kreisführer Reichel bei Wier.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Proletarische Freiendiskussion Berlin. Dienstag, den 19. Februar, abds. 7 1/2 Uhr, Schule Niederwallstr. 12, am Spittelmarkt. Vortrag der Genossin Ida Weil über: Goethes Faust I. und II. Teil. Gäste willkommen.

